

12./X. 1915

166

Lebensnotwendigkeiten Städte Osterreich

Kräften zu fördern und zu unterstützen, namentlich auch durch Einflussnahme auf die betreffenden Regierungsstellen.

Ein anderer Antrag: Jene Herren, welche sich an der Tagung vom 24. September beteiligten, werden sich erinnern, daß ich und Professor Erb darauf hingewiesen haben, wie die Regierung in der Approvisionierungsfrage geradezu versagt habe. Dies zieht sich durch die ganze Kriegsdauer fort. Es wurde eigentlich noch wenig Abhilfe geschaffen. Die Gesamtregierung, das habe ich auch damals geäußert, ist wohl deswegen nicht in der Lage, richtig zu arbeiten, weil sie nicht eine entsprechende Organisation geschaffen hat. Alle Mängel der Approvisionierung sind nach meiner Ansicht darauf zurückzuführen, daß die Regierung sich vor lauter Kompetenzen nicht auskennt. Wenn etwas zu schaffen ist, müssen vorerst die verschiedenen Ministerien befragt werden. Ein Gegenstand, der früher vom Ministerium des Innern erledigt wurde, wird jetzt vom Handels- oder Ackerbauministerium in Anspruch genommen, kurz, die Kompetenzrückfichten sind es, die hemmend wirken.

Ich habe damals gemeint, es wäre notwendig, eine Zentralstelle für die Approvisionierung zu schaffen, und zwar eine interministerielle Stelle aus den verschiedenen beteiligten Ministerien ebenfalls unter Heranziehung von Fachleuten. Vor kurzer Zeit hat der ungarische Städtekongreß eine ähnliche Forderung gestellt. Die für uns zu schaffende Approvisionierungsstelle hätte vor allem zu sorgen, daß die verschiedenen Approvisionierungsgebiete festgestellt werden. Die einzelne Gemeinde hat keine Kenntnis, wo Waren liegen, die für ihre Verpflegung notwendig wären. Da muß der Staat eingreifen. Er soll einheitlich vom Überfluß, wo er vorhanden ist, den Bedarf der anderen Städte zu decken trachten. Ich möchte darauf hinweisen, daß man in letzter Zeit auch für notwendig erkannt hat, für die Approvisionierung eine einheitliche Stelle zu schaffen, da ist aber nur die ministerielle Einkaufsstelle für den Auslandseinkauf. Diese Stelle müßte der einheitlichen ministeriellen Stelle angegliedert werden, um ein vollständiges Einvernehmen herbeizuführen.

Mein zweiter Antrag geht also dahin, es nicht bei den Beschlüssen des 24. September bewenden zu lassen, sondern an die Regierung mit der Forderung heranzutreten, daß eine staatliche Approvisionierungsstelle als interministerielle Stelle geschaffen werde.

Ober-Kurator Steiner, der sodann zum Worte gelangt, hebt hervor: Als wir in Wien merkten, daß man bestrebt ist, für die ungünstigen Approvisionierungsverhältnisse das Rathaus, beziehungsweise den Bürgermeister verantwortlich zu machen, sind wir nach Pest und Prag gefahren, um uns zu informieren, wie es dort aussieht.

Es wurde die Abgabe von Mehl aus Ungarn berührt und da haben wir folgendes erhoben. Die ungarische Regierung hat die Stadtgemeinden beauftragt, sich mit einem entsprechenden Mehlquantum zu versorgen. Es hat sich auch Budapest mit einem Quantum von 1.500.000 q versorgt. Brot und Semmeln sind dort ohne Marke in jeder Quantität beim Bäcker zu haben, so daß die Wiener, die hinunterkommen, sich Säcke mit Semmeln mitnehmen. Per Kopf und Woche werden dort 75 dg 0 Mehl und 1 kg Roggen abgegeben. Es hat dies offenbar den Zweck gehabt, um nachweisen zu können, daß Überschüsse nicht vorhanden sind, so daß man an uns nichts abzugeben braucht.

Das Fleisch ist in Pest nicht besser als in Wien und gerade so teuer. Hülsenfrüchte sind überhaupt nicht sichtbar. Fett kostet per Kilo am Markt 7 K 80 h bis 8 K 40 h. Reis minderer Qualität 2 bis 3 K. Auch in Pest hat man mir von maßgebender Seite gesagt, daß man dort bestrebt ist, den Bürgermeister, beziehungsweise die Gemeinde verantwortlich zu machen.

Wie sieht es in Prag aus? Dort ist die Approvisionierung, wie mir Angehörige des Mittelstandes sagten, viel schlechter als wo anders; man bekommt überhaupt keine Semmel, das Brot in den Hotels ist nicht besonders gut, Mehl bekommt man auch nicht, Kartoffel in den Markthallen und auf öffentlichen Märkten in so geringen Quantitäten, daß bei einzelnen Ständen der Höchstpreis 34 h ist. Wie mir die Leute mitteilten, fahren sie auf das Land und beschaffen sich die Kartoffeln beim Bauer um 22 h. Ebenso ist es in Kolin und in anderen Städten. Auch in Prag habe ich gefragt: Tut die Gemeindevertretung nichts? Und man hat mir gesagt, die Gemeindeverwaltung kann nichts machen, der unglückselige Krieg ist die Schuld.

Man hat die Sache also auf das nationale Gebiet hinübergespielt. Ich hatte auch Gelegenheit, auf Grund alter Beziehungen mit tschechischen Agrariern zu sprechen und sie haben gesagt, wir schicken nichts in die Hauptstadt bei diesen Höchstpreisen. In der politischen Verwaltung kann jetzt jeder tun, was er will.

Die Statthaltereien in der Bukowina hat die Ausfuhr von Ochsen verboten. In Steiermark wurde die Milchausfuhr verboten. Was sollen da die großen Städte machen? Fleisch ist unerschwinglich, es bleiben nur Mehl, Milch und Kartoffel. Wenn sich die Statthaltereien nun noch dazu gesetzwidrig abschließen und das Ministerium des Innern nicht den Mut hat, einzugreifen, wohin sollen wir dann im Winter kommen?

Wie soll da die Verwaltung einer Stadt für ihre Approvisionierung sorgen können, wie kann man da den Bürgermeister verantwortlich machen? Ich bin seit Monaten in den Obmänner-Konferenzen Zeuge, für was für Artikel Offerte vorgelegt werden; wir erhalten da Offerte, die ab Ausland zu einer Zeit zum Kaufe angeboten werden, wo nichts ausgeführt werden darf. Oder man hört von den Kaufabschlüssen eines Intendanten, dem im nächsten Augenblick die eingekauften Artikel von einem anderen mit Beschlag belegt werden. Wie soll sich da eine Stadt approvisionieren können? Wenn man aber so etwas sagt, so wird das einfach konfisziert; es wird aber auch die Zeit kommen, in der sich die Bürgermeister der deutschen Städte rechtfertigen und alle diese Dinge im Bewußtsein erfüllter Pflicht werden zurückweisen können. (Zustimmung.)

Als nächster Redner führt Bürgermeister Dr. Storch (Komotau) aus: Ich erachte mich verpflichtet, einige Anregungen zu geben, um in der Frage der Getreideversorgung eine Besserung zu erzielen. Über die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt ist die allgemeine Klage erhoben worden, daß sie schlecht arbeitet. Wir dürfen aber nicht denken, daß sie uns aus reiner Bosheit oder Faulheit kein Getreide zuweist. Sie weist eben nichts zu, weil sie kein Getreide hat; die Aufbringung des Getreides ist derart mangelhaft und schlecht, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt wenigstens derzeit oft bei bestem Willen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Ich weiß genau, daß minimale Mengen an eingebrachtem Getreide bei den betreffenden Landesstellen angezeigt worden sind und von diesen eingebrachten Mengen wird noch das größere Quantum von der Militär-